

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 6.

Freitag, den 8. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die deutsche Sozialpolitik im Jahre 1896.

In dem abgelaufenen Jahre ist zum ersten Male das Wort „sozialpolitisch“ in einem deutschen Gesetze gebraucht worden. Der § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, welcher den Verwaltungsbehörden ein Einspruchsrecht gegen die Eintragung politischer Vereine gewährt, hat diesen auch die Vereine hinzugefügt, welche einen „sozialpolitischen Zweck“ verfolgen. Damit wird für die Arbeiterkoalitionen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen die Rechtsfähigkeit von dem Einspruch einer Verwaltungsbehörde abhängig gemacht, während die Unternehmerkoalitionen zur Erzielung höherer Preise durch die Form der Aktiengesellschaft allein gegen jeden behördlichen Eingriff reichsgefeslich geschützt sind.

Man könnte versucht sein, diese Bestimmung als charakteristisch für die Stellung des Gesetzbuchs zur Sozialpolitik herauszuheben. Doch wäre eine solche Charakterisierung ebenso ungerichtet, wie andererseits die Behauptung, daß das Gesetzbuch sich durch sozialpolitische Fortschritte auszeichne, eine affektirte Uebertreibung enthält. Die Wahrheit ist, daß diesem Gesetzbuch in sozialpolitischer wie in jeder anderen Beziehung reformatorische Absichten fern liegen, daß es sich in der Hauptsache mit dem bescheidenen Ziel begnügt, einen ungefähren Durchschnitt des vorhandenen Rechtszustandes zu fixiren. Wenn hierbei in Bezug auf die Stellung der verheiratheten Frau, die Rechte der unehelichen Kinder, die Pflichten solcher Arbeitgeber, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen, u. a. m. einige Verbesserungen zu verzeichnen sind, so beweisen diese nicht sowohl, daß der Gesetzgeber den sozialpolitischen Forderungen unserer Zeit gerecht geworden ist, als vielmehr das Eine: daß es geradezu unmöglich ist, ein großes gesetzgeberisches Werk zu Stande zu bringen, ohne daß es hier und da von dem Geiste der Zeit, in der es geboren wird, einigermaßen berührt würde. Die wesentliche Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die Fortentwicklung unserer Sozialpolitik liegt nicht in jenen kleinen und mit so großer Selbstgefälligkeit betonten Fortschritten, sondern in der Revivirung der Rechtsverschiedenheiten, welche es ermöglicht, in den nächsten Jahrzehnten die Bestrebungen für eine soziale Reform des Privatrechts auf den Boden der Reichs-Gesetzgebung zu übertragen.

Welche Stellung die Reichsregierung im Zeitalter des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Sozialpolitik einnahm, dafür ist ihre gegenwärtige Parole bezeichnend genug. „Festhalten an der kaiserlichen Botschaft von 1881“, das ist die elegante Formel, die sich im Laufe des Jahres für die bloße Beschränkung auf die Arbeiterversicherung, für die Preisgebung der Erlasse von 1890 und des damals verheißenen Arbeiterschutzes festsetzte. Die Bäckerei-Verordnung, welche zum ersten Male für erwachsene männliche Arbeiter einen Maximal-Arbeitstag einführt, soll die letzte Arbeiterschutz-Maßregel bleiben. Den gleichzeitig mit ihr entstandenen Grundzügen eines Schutzgesetzes für das Ladenpersonal wird, wie es scheint, keine Folge gegeben. Ja, der Vor-Entwurf eines neuen Handels-Gesetzbuchs, zu welchem Vertreter der Prinzipale, aber nicht der Gehilfen zugezogen waren, bringt in manchen Beziehungen sogar Verschlechterungen für die Lage der Gehilfen. Und jedenfalls ist dieser Vor-Entwurf von dem Bestreben, seinen Stoff sozialpolitisch aufzufassen, ebenso weit entfernt, wie die neuen Berggesetze, die sich im abgelaufenen Jahre zwei Kleinstaaten (Anhalt und Sachsen-Altenburg) gegeben haben, in ihrem Verhältnis zu den Bergarbeitern. Wenn es unter den anderen Arbeiter-Kategorien irgend eine giebt, deren Verhältnisse dringend eine Neuregelung erfordern, so sind es die Seelente. Alles was auf dem Kieler Gesundheitspflege-Kongress über die schrecklichen Zustände der Handelsmarine bekannt wurde, hat soeben beim Anschluß der Seelente an den großen Streik der Hamburger Hafenarbeiter seine erneute Bekätigung gefunden. Trotzdem ist die oft und dringend verlangte neue Seemannsordnung nicht vorgelegt worden, und fast scheint es, als ob außerhalb der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, welche ihrerseits einen solchen Entwurf ausgearbeitet hat, sich Niemand findet, der für die Sache einträte. Soweit die einmal bestehende Gesetzgebung es nicht gerade unmöglich macht, geht im Arbeiterschutz der gehemmte

Fortschritt sogar schon in den beförderten Rückschritt über: die kaum begonnene Sonntagsruhe im Güterverkehr der Eisenbahnen ist im abgelaufenen Jahre im Verwaltungswege wieder rückgängig gemacht worden.

Die Arbeiterpolitik soll durch eine Mittelstandspolitik abgelöst werden. Dieser Gedanke gab schon die Drapirung zu dem Gesetz gegen den sogenannten unlauteren Wettbewerb her. Die Novelle zur Gewerbeordnung und zum Genossenschaftsgesetz, welche am 1. Januar 1897 in Kraft getreten sind, machen den Versuch, durch Beschränkung der Handlungsreisenden und der Konsumvereine den Krämer, kleinen Kaufleuten u. a. zuzuhelfen. Man kann die heutige Lage des Kleingewerbes als ein wichtiges Problem unserer heutigen Sozialpolitik anerkennen und doch den Maßregeln, welche hier versucht werden, gerade vom Standpunkte der Sozialpolitik aus jede Anerkennung verweigern. Speziell der Kampf gegen die Konsumvereine wird gegen die Ärmsten der Armen durchgeföhrt. Gerade die sächsischen Konsumvereine (und diesen rückt die viel besprochene „Erdrosselungssteuer“ gegenwärtig am dichtesten auf den Leib) bestehen durchweg aus Arbeitern. Eine Konsumvereins-Politik betrachtet es als ihr Ziel, dem Arbeiter die Lebensmittel zu vertheuern, um diese Vertheuerungszulage dem Krämer und Kleinkaufmann zu gewähren. Soweit diese Mittelstandspolitik nicht schädlich wirkt, ist sie überhaupt unwirksam. Ebenso wie man jetzt auf Grund von Erfahrungen schon ziemlich sicher sagen kann, daß sowohl die Beschränkung der Abzahlungsgeschäfte, wie die letzte Aenderung des Bucherzengesetzes keinerlei günstigen Einfluß auf die Entwicklung des Mittelstandes geübt haben, so ist das Gleiche von den neuen Beschränkungen der Handlungsreisenden zu vermuten. Gesetzgeberische Unfähigkeit ist das hervorragendste Merkmal der sogenannten Mittelstandsbewegung. Ihr neuestes Produkt, die Innungsnovelle, stößt in den Ausschüssen des Bundesrathes auf eine solche Fülle verschiedenartiger Gegenstände, daß sie gegenwärtig noch einer gänzlichen Umarbeitung unterzogen werden muß.

Damit ist über die Möglichkeit von sozialpolitischen Maßregeln zu Gunsten des Mittelstandes noch kein Urtheil gefällt. Die bisherige Mittelstandspolitik war in dem politischen Leben Deutschlands keine selbstständige Erscheinung. Politisch ist sie im Wesentlichen nur ein Anhang (Anhängsel) der agrarischen Bewegung, welche in ihr gesetzgeberisches Mißgeschick und Ungeschick den kleinen Verbündeten mit hineinreißt. In den Verschärfungen des Margarine-Entwurfs, welche den Konsumenten von diesem billigen Nahrungsmittel nach besten Kräften abschrecken sollte, erfochten die Agrarier einen Pyrrhus-Sieg. Neue Verschärfungen gingen so weit, daß jetzt nicht einmal mehr die so stark agrarisch angehauchte Reichsregierung den Entwurf publiziren wollte. Die Zuckersteuer-Novelle erhielt mit ihren mannigfachen Begünstigungen und Benachtheiligungen einzelner Produzenten-Klassen eine so komplizierte Gestalt, daß die Wäter des Gesetzes selbst sich über seine mutmaßlichen Wirkungen täuschten. Das Gesetz wird jetzt von Vielen, die es herbeigelehnt hatten, verwünscht. Die Untersuchungen der letzten Jahre über Veruntreuung im Bankverkehr und über weitgehende Börsenmanöver zeitigten zwar ein Depotgesetz, welches allseitig als eine größere Sicherung der Deposits bei den Bankiers anerkannt wird, aber damit zugleich ein Börsengesetz, das mit seinem Verbot des Getreide-Termingeschäfts und mit seinen Einschränkungen für andere Zeitgeschäfte Schwierigkeiten schafft, welche wieder einmal auf das Deutlichste zeigen, daß zu großen organisatorischen Maßregeln im internationalen Betriebe des Handels doch noch ein klein wenig mehr gehört als ein rechtsschaffener Haß. Aber trotzdem ist es unbedeutend, von einem Rückströmen der agrarischen Hochfluth zu sprechen. Wenn auch der Antrag Kanitz ein zweites Mal abgelehnt wurde, so ist die erhebliche Minderheit, welche dieser Versuch eines Getreide-Handelsmonopols zu Gunsten der Guttsbesitzer auf sich vereinigte, ein sehr viel größerer Erfolg, als irgend Jemand auch nur vor einem halben Jahrzehnt für möglich gehalten hätte. Und daß der (bei uns agrarisch gefärbte) Bimetallismus in der amerikanischen Präsidentenwahl unterlegen ist, ist für die Physiognomie des abgelaufenen Jahres weit weniger bezeichnend als die Thatsache, daß es nur durch eine an das Wunderbare grenzende Koalition aller gegnerischen Kräfte (der Schutzöllner Max Kinley wird von den deutschen Freihändlern gefeiert!) möglich war, ihn zu besiegen.

Bei diesem Ueberwuchern der sozialpolitischen Anfänge durch andere politische Pläne kann es nicht Wunder nehmen, daß schließlich das einzige sozialpolitische Ressort, welches von der neuen Parole verschont bleiben sollte, das der Arbeiterversicherung, auch kein pulsirendes Leben mehr zeigt. Der Vor-Entwurf der Invaliden-Novelle fand bei seinem ersten Erscheinen einige Freunde unter den Sozialpolitikern. Bald stellte sich heraus, daß seine charakteristischen Züge in dem Lastenvertheilungsplane liegen, welcher die industriellen Provinzen zu Gunsten der ackerbaureibenden schärfer heranziehen will, und in einigen Maßregeln zur Beschränkung der Selbstverwaltung. Die dem Reichstag vorgelegte Unfall-Novelle scheint harmloser zu sein und sich mehr auf kleine technische Verbesserungen zu beschränken. Das Wichtigste an dieser Vorlage ist aber das rein Negative: sie ist eine entschiedene Absage an alle diejenigen, welche gehofft hatten, daß die so dringend notwendige Verschmelzung und Vereinfachung unserer drei Versicherungsformen endlich in Angriff genommen würde. Der Plan vollends, die gegenwärtig bestehende Arbeiterversicherung durch eine Fürsorge für Wittwen und Waisen, sowie für die Arbeitslosen zu ergänzen, ist gänzlich wie aus dem Gesichtskreis verschwunden.

Die Abwendung von der Sozialpolitik machte im abgelaufenen Jahre auch die ganz direkte Bekämpfung sozialer Bestrebungen zu einer stehenden Erscheinung unseres öffentlichen Lebens. Im Mittelpunkt dieser Bekämpfung steht der Erlaß des (preussischen) Ned. d. L. B.) Oberkirchenrathes vom 16. Dezember 1895, welcher die Erlasse von 1879 und 1890 über die soziale Bethätigung der (preussischen) Ned. d. L. B.) Geistlichen in Form einer Einschränkung zurücknimmt. Im Laufe des Jahres wurden mehrere Fälle bekannt, in denen evangelische Pastoren wegen ihrer sozialpolitischen Stellungnahme in Disziplinarprozesse verwickelt wurden; einem derselben wurde die Theilnahme an einer Versammlung vorher unterjagt. Dem parallel läuft ein Vorgehen gegen mehrere Universitätslehrer. Gegen den einen wurde wegen Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei (der sozialdemokratischen) wiederholt ein Disziplinarverfahren begonnen, gegen einen anderen wurde ein solches vorbereitet, weil er in einer Stichwahl für einen Kandidaten derselben Partei eingetreten war. Einem dritten sollte wegen Darlegungen in einem vor drei Jahren geschriebenen sozialpolitischen Buche ein zwangsweiser Widerruf auferlegt werden. Ein vierter wurde, weil er die Polizei getadelt hatte, mit einer staatsanwaltlichen Anklage bedroht. Alle diese Versuche endeten zwar mit Mißerfolgen, theilweise sogar mit ausdrücklicher Zurücknahme. Dennoch aber blieb die Stoßkraft, aus der sie hervorgegangen waren, im Vordergrund begriffen. Zwar noch nicht die offizielle Regierung, aber doch schon die offiziöse Presse stellte das Prinzip auf, daß alle Befürworter energischer sozialer Reformen grundsätzlich als Feinde staatlicher Ordnung zu betrachten und zu behandeln seien.

Unter dem betrübenden Eindruck dieser Rückschläge hat sich im vergangenen Jahre die Vorstellung gebildet, als ob man von 1890 bis 1895 in einem Zeitalter großartiger Sozialreform gelebt hätte, welche mit der Entlassung des Handelsministers v. Berlepsch in Preußen und des Unterstaatssekretärs v. Rottenburg im Reich ihr jähes Ende erreicht habe. Ein neues Beispiel für die Wichtigkeit des Dante'schen Ausspruchs, wonach der Nachruhm der führenden Männer von der Qualität der Zeiten abhängt, die nach ihnen kommen. Volkommen zutreffend hat im Reichstage der Etat-Redner des Centrums die Situation dahin gekennzeichnet, daß man sich kaum noch „die Füße naß gemacht“ und schon den ersten Schritte wieder zurückzuziehen wolle.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zum Erlaß des Kaisers gegen das Duellwesen. Die Bedeutung der in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten Bestimmungen gegen das Duellwesen im preussischen Heere erhellt aus dem Vergleiche mit dem bisherigen Rechtszustand, der durch die Verordnung vom 2. Mai 1874 geschaffen wurde. Auch bis jetzt bestand für alle Offiziere ein Ehrenrath und ein Ehrengericht. Die wesentliche Neuerung, die jetzt verfügt worden ist, besteht lediglich darin, daß die Funktionen des Ehren-

rathes erweitert, daß der Kommandeur die Entscheidung des Ehrenraths zu befähigen oder abzuändern hat und daß endlich der Kaiser selbst die Berufungsinstanz bildet für die Fälle, wo die Beschädigten sich dem Spruch des Ehrenrathes nicht unterwerfen wollen. Während früher der in Zwistigkeiten gerathene Offizier dem Ehrenrath erst Anzeige zu machen hatte, wenn er eine Herausforderung zum Duell erhielt oder ergehen ließ, ist er jetzt zur sofortigen Anzeige verpflichtet, wenn die Streitigkeiten nicht alsbald auf gutlichem Wege standesgemäß beglichen werden. Der Ehrenrath giebt in Zukunft, statt einem Sühnevergleich zu machen, eine schriftliche Entscheidung ab. Für den Fall, daß der Ehrenrath weder einen Vergleichsvorschlag aufstellt noch feststellt, daß die Ehre der Beteiligten für nichtberührt zu erachten sei, tritt, vorausgesetzt, daß keine Verurteilung erfolgt, das Ehrengericht in Funktion, ohne dessen Entscheidung somit ein Zweikampf von jetzt an überhaupt nicht mehr stattfinden kann. Die Wirkung der neuen Bestimmungen kann zunächst die sein, daß Ehrenhändel leichter Natur zu Quellen nicht gleich führen. Die Genauigkeit im Instanzengange des Vorverfahrens wird in dieser Beziehung sich als einigermaßen wohlthätig erweisen. Wie übrigens aus Mündchen gemeldet wird, ist ein im Wortlaut dem Kaiserlichen gleicher Erlass des Prinzregenten vom 1. Januar 1897 die neuen Bestimmungen über die militärischen Ehrenräthe auch für die bayerische Armee vom gleichen Zeitpunkt an in Kraft.

Ueber die Herrschaft der reaktionären Politik leitartikel die „Weser-Zeitung“. Neunzehn Jahre seien es nun, daß diese Politik auf Deutschland lastet. Bis Ende 1877 sei die Regierung in erheblichem Maße auf die Bahnen der nationalliberalen Politik eingegangen, dann aber habe sich ein Umschwung vollzogen, und zwar anlässlich des Tabakmonopols, auf welches der zum Eintritt in das Ministerium ausersehene Herr v. Bennigsen nicht habe eingehen wollen. Bismarck habe das Zentrum gewinnen wollen für eine den Nationalliberalen nicht annehmbare Politik. Es sei dann erfolgt: Abbruch der Waivergesetzgebung, Aufhebung der Schutzollgesetzgebung und des Staatssozialismus, Begünstigung einzelner Stände. Die Attentate auf Kaiser Wilhelm hätten Bismarck Anlaß geboten zur Auflösung des Reichstages und zu einem Wahlfeldzug, „der sich mit beispielloser Heftigkeit gegen die Nationalliberalen richtete.“

Weiter heißt es dann:

„Hier liegen die Anfänge des Agrarierthums, der staatssozialistischen Arbeiterpolitik, der Schutzollherrschaft, des Bündnisses zwischen Landwirtschaft und Industrie und des Friedens mit Rom.“

Als bald kam das Kartell zwischen den Konservativen und der „inzwischen ihrer liberalen Elemente beraubten und ganz willfährig gewordenen nationalliberalen Partei“ zu Stande.

„Die Kartellzeit bedeutet den Höhepunkt reaktionärer Politik. Wenn die Nationalliberalen Schwierigkeiten machten, so stand die Heranziehung des Zentrums als drohendes Gespenst da, und so beugten sie sich. Es wurden die staatssozialistischen Versicherungsgesetze beschlossen, das Sozialistengesetz sorgfältig aufrechterhalten, die Getreide-, Holz- und Fleischzölle auf ihre größte Höhe gebracht.“

Es wird im Anschluß daran behauptet, daß seitdem die reaktionäre Politik in's Schwanken gerathen (!?) sei. „Das Kartell und das Sozialistengesetz sanken in Trümmer, als Fürst Bismarck auswich. Sein Nachfolger beschwichtigte manche Parteigegensätze und brachte die Handelsverträge mit der Ermäßigung der Zölle auf nothwendige Lebensmittel zu Stande. Andererseits kam der Antijeminitismus empor und das Agrarierthum ging zu einer leidenschaftlichen Demagogie über, mit der es manchmal die Regierung einschüchterte. Hochkirchliche Bestrebungen fanden einflußreiche Stütze, Stöcker betrachtete sich als den Mann der Situation; das Bedrückte Schulgesetz wurde dem Landtage vorgelegt; die Gewerbeordnung wurde weiter in zünftlerischem Sinne revidirt, wogegen Börjen, Konsumvereine, Detailreisende feindselig behandelt wurden und der Margarineverbrauch dem ärmeren Volke erschwert wurde.“

Wir möchten uns die Frage erlauben, ob die famose Umsturz-Vorlage von 1895 etwa auch als Beweis dafür gelten kann, daß die reaktionäre Politik „in's Schwanken“ gerathen?

Schließlich stellt die „Weser-Ztg.“ der Regierung das unverdiente Zeugniß aus, daß sie ihrer agrarischen Widersacher sich „kräftig erwehrt“ habe. Aber die entscheidende Wendung könne nur die Wählererschaft bringen bei den Neuwahlen im nächsten Jahre. Für dieselben „bestern“ sich die Chancen auf liberaler Seite.

„Auch in den Reihen der Nationalliberalen hat sich das Bedürfnis gezeigt, wieder in liberalere Bahnen einzulenken. Durch ganz Süddeutschland geht ein ausgesprochen oppositioneller Zug, wobei die früher unbeherrschbare demokratisch-partikularistische Partei ihre unerreichbaren Phantome aufgegeben hat und sich der norddeutschen freisinnigen Volkspartei zu gemeinsamem Wirken genähert hat. Einer entscheidenden Bewältigung der Reaktion steht freilich vorerst ein großes Hinderniß entgegen: die Sozialdemokratie. So lange die großstädtische und industriell proletarische Wählererschaft den Bebel und Liebknecht folgt, schwächt sie die Macht der freisinnigen Bestrebungen und bestärkt sie die reaktionären Neigungen der Regierung und eines Theiles des Bürgerthums.“

Eine wahrhaft „geniale“ Idee: die Sozialdemokratie hinzustellen als eine Stütze der Reaktion, als ein „Hinderniß“ für die „freisinnigen Bestrebungen“!!! Die Regierung ist reaktionär und ein Theil des Bürgerthums unterstützt sie, weil die Sozialdemokratie existirt. Würde diese nicht existiren und der sogenannte „Freisinn“ dominiren, so würde selbstverständlich dieser den Vorwand für die reaktionären Bestrebungen abgeben, wie es in früherer Zeit ja thatsächlich der Fall war. In den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren war der Liberalismus die „Umsturzpartei“, in Rücksicht auf welche die Staatsgewalt ihre reaktionäre Politik „rechtfertigte“. Daran möchten wir die „Weser-Zeitung“ erinnern.

Zur Affäre Tausch meldet ein Berliner Berichterstatter: In einer früheren Wohnung des Herrn v. Lützow hat neuerdings wieder eine Hausdurchsuchung stattgefunden, bei welcher eine Kiste mit Skripturen und Büchern aufgefunden wurde. Unter den Skripturen befanden sich, wie verlautet, auch Briefe des Herrn v. Tausch an seinen Agenten v. Lützow, aus welchen zur Evidenz hervorgeht, daß der Letztere von Herrn v. Tausch auch zur Inspiration politischer Artikel gebraucht worden ist. Wie erinnerlich sein dürfte, hat v. Tausch die Frage des Gerichtspräsidenten, ob er jemals politische Artikel inspirirt habe, eidlich geleugnet und auch später — trotz der eindringlichen Vorhaltung des Oberstaatsanwalts Drescher — unter ausdrücklicher Hinweis auf den geleisteten Zeugniseid behauptet, daß er „niemals“ politische Artikel irgendwelcher Art inspirirt habe. Diese Auslassung sowohl, wie die Aeußerung, daß er Lederts angeblichen Verkehr im Auswärtigen Amte Niemand gegenüber als Thatsache hingestellt habe, dürften die beiden Hauptpunkte im Meinungsstreit gegen Tausch darstellen. Auch im Uebrigen wird das Geständniß, welches Herr v. Lützow im Prozeß Ledert abgelegt, durch zahlreiche bei jener Hausdurchsuchung gefundene Aufzeichnungen unterstützt. Der Schluß der Voruntersuchung ist kaum vor Ende dieses Monats zu erwarten, so daß die Meldung, der Prozeß Tausch gelange schon in den ersten Tagen des Februar vor die Geschworenen, unzutreffend erscheint. Nicht unerwähnt soll dabei die Thatsache sein, daß zugleich auch im Ministerium des Innern Ermittlungen im Gange sind, welche indirekt mit dem Prozesse Tausch in Verbindung gebracht werden. Man erzählt sich darüber, daß vor mehreren Jahren im genannten Ministerium anonym Briefe eingelaufen sind, welchen man damals kein besonderes Gewicht beilegte, die aber jetzt, im Lichte der Affäre Tausch betrachtet, eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben, da man nunmehr die Spur des Urhebers gefunden zu haben glaube. Aus dem Eifer, mit dem der Minister des Innern sich der Sache annehme, sei zu ersehen, daß das Gerücht, der Letztere sei mit dem Vorgehen des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall nicht einverstanden gewesen, den Thatsachen nicht entspreche.

Gegen Professor Delbrück und andere Vertreter des „Professorensozialismus“ ruft das Hamburger Organ des Fürsten Bismarck Polizei und Gesetzgebung auf. Delbrück hat nämlich bei einer Bepredung des Hamburger Ausstandes die Kühnheit gehabt, zu sagen, „Bildung und Wissenschaft stünden auf der Seite der Arbeiter“. Der harmlose Bourgeoischwärmer Delbrück, der heftige Sozialistenfeind, wird, man höre und staune, deshalb zum „Sozialdemokraten“ gestempelt. Eine unverdiente Ehre!

Ueber die Angelegenheit des Pastors Schall in Wahren wird der Naumannschen „Zeit“ entgegen anderweitigen Meldungen geschrieben: Schall ist bis jetzt seines Amtes nicht entsetzt, vielmehr ist nur das Disziplinarverfahren auf Amtsentsetzung gegen ihn eingeleitet. Die Sache schwebt jetzt fast zwei Jahren vor der „Disziplinarcommission für Kirchendiener“; sollte dieselbe einen verurtheilenden Spruch fällen, so steht dem Angeklagten noch die Appellation an den „Disziplinarhof“ frei. Darnach kann sich die Sache noch lange hinziehen. Unterdessen versieht Schall seine Amtsgeschäfte ungestört weiter; er ist nicht vom Amte suspendirt.

Bejehlagnahme wurde von der Polizei in Leipzig die letzte Nummer des illustrierten Münchener Witzblattes „Simplizissimus“ wegen eines Artikels, in dem eine Gotteslästerung erblickt wird.

Der Motivenbericht zum neuen Handelsgesetzbuch ist nunmehr fertiggestellt und dem Bundesrath zugänglich gemacht worden. Es besteht nach der „M. P. R.“ die Hoffnung, daß der Reichstag noch im Januar in der zweiten Hälfte des Monats in den Besitz der Vorlage gelangen wird.

Oesterreich-Ungarn.

Prag. Wegen des Verbotes der Versammlungen Arbeitsloser fanden Dienstag an verschiedenen Stellen, insbesondere vor der Polizeidirektion und dem Rathhaus Versammlungen Arbeitsloser statt, welche der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, Widerstand entgegensetzten. Vor dem Rathhause wurde die Polizei mit Steinen und Ziegeln beworfen, so daß sie die blanke Waffe gebrauchte. (Jedenfalls hat die Polizei das Ubrige gethan, um die Leute in Erregung zu bringen. Red.) Eine Person wurde verwundet. Aus der Menge ertönter wiederholt anarchistische Rufe. Wegen des Ausrufes „Hoch die Anarchie“ wurden vier Excedenten verhaftet. Ein Wachtmann wurde verletzt.

Ein ungarischer Feldarbeiter-Kongress wird vom 30. Januar bis 2 Februar d. J. in Budapest stattfinden, einberufen von der ungarischen Parteileitung, um

den in verschiedenen Gegenden wohnenden Genossen Gelegenheit zu geben, einmal zu gemeinsamer Arbeit zusammenzukommen, um auf Grund eifriger Beratungen ein Arbeitsprogramm festzustellen, welches der sogenannten „Herrnsfolge“, dem „Robott“ u. s. w. ein Ende bereitet, welches die Arbeitszeit und die Löhne regelt und alle jene Schritte kennzeichnet, die zur Erlangung einer Existenzfähigkeit nöthig sind und im ganzen Lande durchgeführt werden, als auch darüber zu berathen, wie die Organisation der Feldarbeiter einheitlich auch auf das ganze Land wirkungsvoll auszubreiten sei. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1) Bericht über die Lage der Feldarbeiter. 2) Die Forderungen der Feldarbeiter. a) Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. b) Ernteprogramm. c) Ausbreitung der Arbeiterbeschützengesetze auf die Feldarbeiter und Schaffung neuer Arbeiterbeschützengesetze. d) Abschaffung des Dienstoffengesetzes. e) Die Ausdehnung der politischen Rechte auf die Feldarbeiter. 3. Die Feldarbeiter und die politischen Parteien. 4. Organisation der Feldarbeiter. 5. Das Fachblatt und die Presse. 6. Wahl eines Exekutiv-Komitees.

Frankreich.

Ueber französische Gewerkschaftsverhältnisse im Jahre 1896 berichtet der „Vorwärts“: Auf gewerkschaftlichem Gebiet sind zwei wichtige Thatsachen zu verzeichnen: die Wiedereröffnung der Pariser Arbeitsbörse und die Eröffnung der Arbeiter-Glashütte in Albi. Letztere ist ja hauptsächlich durch die Gewerkschaften und zur Abwehr des Angriffs Resseguis auf die Gewerkschaft der früheren Carmanxer Glasarbeiter gegründet worden. Die Pariser Arbeitsbörse vereinigt 72 Gewerkschaften mit 139 280 Mitgliedern. Die Zahl der Streiks hat — nach den bisherigen für die ersten neun Monate des Jahres vorliegenden amtlichen Angaben zu urtheilen — im Vergleich mit der gleichen Periode der Jahre 1894 und 1895 zugenommen, ebenso die Zahl der Streikenden. Die respectiven Zahlen sind: 1894 318 Streiks und 39 498 Streikende; 1895 330 und 39 381; 1896 400 und ca. 44 000. Von mehr als lokaler Bedeutung waren nur der durch eine Lohnreduktion hervorgerufene Ausstand der Kohlengräber im Gard-Departement, an dem 2120 Arbeiter theilnahmen und der mit einem Erfolg endete, und der mit einem Ausgange beendete Viehstreik im Nord-Departement (1184 Streikende in Lille, Roubaix, Tourcoing und Croix).

Bulgarien.

Ein vollständiger Sieg Rußlands und eine Anerkennung des Fürstenthums ist ausgesprochen mit der vollen Amnestie und der Bewilligung von Pensionen an die bulgarischen Offiziere, die an den Ereignissen vom 9./20. August 1886 theilhaftig waren. Bekanntlich umzingelten in der Nacht nach dem 20. August 1886 die Verschwörer mit der Kriegsschule, dem Infanterieregiment Struma und dem Artillerieregiment Nr. 1 das Palais von Sofia, nahmen den Fürsten Alexander I. gefangen und brachten ihn nach Reni in Russisch-Bessarabien, während Major Grjew und Kapitän Benderow eine neue Regierung einsetzten. Nun werden nach 10 1/2 Jahren Amnestie und Pensionen von der Sobranje fast einstimmig bewilligt. Für die bulgarischen Offiziere ist dieses neue Gesetz kein besonderer Ansporn, die Manneszucht zu erhalten. Interessant ist, daß Rußland sich gerade so eifrig bemüht, die Anerkennung des Rechts auf Revolution — freilich bloß in Bulgarien — durchzuführen.

Lübeck und Nachbargebiete.

7. Januar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Bergbauern, Brennern und sonstigen Hilfsarbeitern nach dem Gmahlitzwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Aus der Schule geplandert hat der Metallwaarenfabrikant Schärffe, Engelswisch. Einem bei Ewers u. Wiesner wegen Verweigerung von Streikbrecherarbeit entlassenen Schlosser, welcher bei ihm vor sprach, erklärte er, daß von denjenigen Arbeitern, die den Streik unterstützen, in Lübeck keiner wieder Arbeit erhalten würde. Heizer und Wähler konnte man nicht gebrauchen. — Wenn auch ein kleiner Krauter wie Herr Sch. nicht eben maßgebend ist für derartige Fragen, so ist die Aeußerung doch charakteristisch für den Geist, welcher unter den Metallindustriellen herrscht. Man geht darauf aus, alle mißliebigen Personen auszu hungern, bis sie dem gastlichen Lübeck den Rücken kehren. Dieser saubere Plan wird aber scheitern an dem einmüthigen Widerstande der Arbeiterschaft. Für die Beteiligten erwacht aber die Mahnung aus derartigen Nebenarten, recht vorsichtig zu sein in allen Dingen, damit sie nicht überrascht und überlistet werden. Augen auf!

Abgereist sind gestern 11 und heute 2 früher bei Thiel thätige, bisher im Ausstande befindliche Arbeiter, welche anderweitig lohnende Beschäftigung gefunden haben. Es sind zum größten Theil Leute, die einst zu den sogenannten „besseren“, d. h. am besten eingearbeiteten Arbeitern gehörten, und deren Fehlen von der Fabrikleitung deswegen sehr unangenehm empfunden wurde. Da sie unter recht günstigen Bedingungen in Arbeit treten, so dürfte für Herrn Thiel die ihm angeblich peinliche Möglichkeit fortfallen, sich mit eventueller Wiedereinstellung dieser Leute befassen zu müssen. Wie uns mitgetheilt wird, steht die weitere Unterbringung einer

größeren Zahl Arbeiter aller Branchen in Aussicht. Auf diese Weise wird der Firma Thiel u. Söhne bald nichts anderes übrig bleiben, als das zu thun, womit sie anscheinend den Arbeitern, in Wirklichkeit aber sich selbst droht, nämlich auch fürderhin mit den jetzt dort thätigen „Künstlern“ weiterzuarbeiten. Viel Glück!

Der Bürgerausschuss hielt gestern eine Sitzung ab. Der erste Senatsantrag bezog sich auf die Verwaltungsgeschäfte der Aktiengesellschaft Casino zur Erhaltung und Sicherstellung des Stadttheaters für die nächsten fünf Winter-Spielzeiten 1897/98 bis 1901/02 wiederum unter den bisherigen Bedingungen eine in monatlichen Theilbeträgen von 1. Oktober 1897 ab fällige Beihilfe von 20 000 Mk. jährlich aus öffentlichen Mitteln gewährt und davon je 12 000 Mk. auf die Stadtkasse und 8 000 Mk. auf die Kasse der städtischen Gemeindefinanzen angewiesen und die bewilligten Summen in die betreffenden Voranschläge für die genannten Jahre eingestellt werde. Jene beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen, zög diesen Antrag jedoch nach stattgehabter Beratung zurück. Der zweite Antrag, der Bürgerausschuss wolle der Theaterdirektion den Senatsantrag mit der Maßgabe zur Mitgenehmigung empfehlen, daß dem Verwaltungsausschuss der Aktiengesellschaft Casino aufzugeben ist, bei Aufstellung eines neuen Theaterdirektors diese zu verpflichten, für den Fall der Errichtung einer staatsseitig subventionirten Musikpflanzschule der Leitung zur Verfügung der Theatermusik gegen eine in Ermangelung gütlicher Vereinbarung vom Senate festzusetzenden Vergütung zu bedienen. Der Bürgerausschuss beschloß, der Bürgerausschuss beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen, zög diesen Antrag jedoch nach stattgehabter Beratung zurück. Der dritte Antrag, der Bürgerausschuss wolle der Theaterdirektion den Senatsantrag mit der Maßgabe zur Mitgenehmigung empfehlen, daß dem Verwaltungsausschuss der Aktiengesellschaft Casino aufzugeben ist, bei Aufstellung eines neuen Theaterdirektors diese zu verpflichten, für den Fall der Errichtung einer staatsseitig subventionirten Musikpflanzschule der Leitung zur Verfügung der Theatermusik gegen eine in Ermangelung gütlicher Vereinbarung vom Senate festzusetzenden Vergütung zu bedienen. Der Bürgerausschuss beschloß, der Bürgerausschuss beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen, zög diesen Antrag jedoch nach stattgehabter Beratung zurück.

Handelsregister. Am 6. Januar 1897 ist eingetragen: auf Blatt 1307 bei der Firma „Ludwig Kühn“: G. Th. Weiß, Kaufmann in Lübeck, ist als Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit dem 1. Jan. 1897: auf Blatt 1721 bei der Firma „Reimpell u. Thiel“: Prokurist: J. G. Chr. Benthin in Lübeck. **Die Heringseinfuhr aus Schweden** belief sich im Jahre 1896 auf 163 216 Kisten (1895: 161 933 Kisten). 47 805 Kisten wurden in Schlutup gelöst (1895: 45 706 Kisten). **An lebendem Schlachtvieh** wurden im eben verfloßenen Jahre folgende eingeführt: 10 375 Stück Hornvieh, 4546 Schweine, 22 Kälber und 3 Schafe. Im Jahre 1895 belief sich die Einfuhr auf 13 596 Stück Hornvieh 9240 Stück Schweine, 313 Kälber und 442 Schafe. Die beträchtliche Abnahme im vergangenen Jahre kommt daher, daß die Reichsregierung dem Geschei der Agrarier nachgegeben und die Grenzen wegen Seuchefahr abge-sperrt hat. **Sperrung der Fährstraße.** Zwecks Bornaahme der Arbeiten für Verlegung der Fährstraße wird diese Straße vom 8. d. Mts. an bis auf Weiteres für den Verkehr gesperrt. **Das Jahr 1896** hat mit einem trüben, mäßig kalten Monat geschlossen, bei dem der vielfache Wechsel zwischen Frost und Thauwetter sich ungewöhnlich oft durch starkes Glatteis bemerkbar machte. Zu Anfang des Monats Dezember kam das Wetter unter den Einfluß eines sich über Zentralasien erstreckenden barometrischen Hochdruckgebietes, dem gegenüber im Westen eine Depression lagerte. Es herrschte bei südlichen Winden und meist heiterem Himmel mäßiges Frostwetter. Als sich dann am 5. das Minimum nach Osten zu ausdehnte, während sich das Maximum nach Südosteuropa zurückzog, bereitete sich der Witterungsanschlag

vor, der bei uns am 7. mit eintretendem Thauwetter, Trübungen und stürmischen Regen sich vollzog. Neun Tage hindurch blieb das Wetter unter dem Einfluß von barometrischen Depressionen trüb, geschloß und zu Niederschlägen neigend. Zwar versuchten die im Südwesten und Nordosten lagernden Maxima mehrfach vorzudringen, unterlagen aber immer den von Nordosten her einbrechenden Depressionen. Erst am 16. Luberte sich das Wetter, indem sich der niedrige Luftdruck nach Südwesteuropa verlagerte, während im Westen und besonders im Juncen Nordens sich Gebiete hohen Luftdrucks ausbildeten. Es folgten einige Tage ziemlich strengen Frostes, dann aber wurde es bei trübem Himmel wieder gelinder. Vom 20. ab schwankte die Temperatur stets um 0 Grad, so daß sie sieben Tage hindurch im Ganzen um noch nicht 4 Gr. an- und abstieg, ein äußerst seltener Fall. Mit dem Weihnachtstage trat abermals eine Witterungsänderung ein, indem Depressionen, die sich von den britischen Inseln her ostwärts bewegten, die Witterung beherrschten, trotzdem das russische Hochdruckgebiet bis zu uns vorbrangte. Auch ein Maximum, das sich im Südwesten ausbildete und langsam über Frankreich, Oesterreich und Ungarn fortwich, erniedrigte die Temperatur nur vorübergehend am 29. und 30., da die nördlichen Depressionen den Einfluß auf das Wetter nicht aufgaben.

Unzulässige Einträge in Quittungsarten der Invaliditäts- und Altersversicherung. Der Angeklagte hatte in seiner Quittungsart die Bezeichnung als Arbeiter mittels eines Papierstreifens überklebt und auf den Streifen „Hausdiener“ eingetragen. Aus § 151 Abs. v. 22 Juni 1889 angeklagt, wurde er freigesprochen, weil durch den Eintrag auf den Zettel kein Eintrag in die Quittungsart erfolgt sei. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf Revision des Staatsanwalts auf, weil zweifellos ein Eintrag in die Quittungsart vorliege, deren Inhalt verändert sei. Es liege deshalb aber auch Urkundenfälschung vor, indem das amtliche Bescheinigungszeichen für eine Veränderung des Inhalts mißbraucht sei, und es einen Unterschied nicht mache, wenn die Fälschung plump und zur Täuschung wenig geeignet sei. Bestimmtheit aus § 247 Straf-Gesetzbuches, nicht aus § 151, könne aber nur werden, wenn rechtswidrige Absicht und Gebrauch zum Zwecke der Täuschung vorliege.

Ferretageverkehr Lübeck - Hamburg. Die hiesige Handelskammer hat in Aussicht genommen, bei Stephan wegen Ermäßigung der Gebühr für Ferngespräche zwischen Hamburg und Lübeck, die bisher 1 Mark beträgt, vorstellig zu werden, weil die Luftlinie von 50 Kilometern bis nahe an Hamburg (Wandsbek) reicht. Hoffentlich hat das Vorgehen der Handelskammer Erfolg.

Vielfach recht treffende Ausführungen über Streiks u. s. w. bringt der Jahresbericht der Firma Alexander Jahn u. K. o., Hamburg, Inhaber N. E. May. Die neuartige Redaktion der hiesigen „Eisenb.-Ztg.“ kann z. B. viel daraus lernen. Es heißt u. a. in dem Bericht:

„Es wird vielfach behauptet, der Streik — gemeint ist der große Hamburger Streik. Neb. — sei von den sozialdemokratischen Führern angezettelt worden. Es ist in diesem Streik so viel gelogen worden, daß es allerdings auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankommt. Leider muß bekannt werden, daß die sogenannte bessere bürgerliche Presse an Erfindungen und Verdächtigungen reichlich so viel geliefert hat, als die Arbeiter-Presse, auf die sie doch in souveräner Erhabenheit herabsieht. Sie hatte für die einmal jedenfalls keine Veranlassung dazu. Die Wahrheit ist, daß die Führer vom Streik abgerathen haben, daß sie aber dem Willen der Arbeiter weichen mußten.“

Man spricht überhaupt viel zu viel von den verführten Massen. In Wahrheit bringen die Führer nur den Willen der Massen zum Ausdruck. Damit soll nicht gesagt sein, daß sie ohne Einfluß auf dieselben sind. Derselbe wird aber meist überschätzt. Denn selbst als die Führer mittheilten, daß kein Geld mehr vorhanden sei, den Streik fortzusetzen, und zum Frieden im Sinne des Senatsvorschlages riefen, stimmten noch zwei Drittel von 10 936 Arbeiter für die Fortsetzung des Streiks.

Die Erbitterung, welche der Streik auf beiden Seiten hervorgerufen, lag daran, daß man den Arbeitern „Friedlosigkeit“ vorwarf, was sie mit „Prozenthum“ beantworteten. Ist es nicht wunderbar, daß, wo wir fast allenthalben einen Streik ausbrechen sehen, wenn es einer Industrie besonders gut geht, daß da die Schuld noch immer auf die Menschen geschoben wird und nicht auf das System? Die Arbeitgeber beschäftigen die Arbeiter nicht aus Liebe zu ihnen und die Arbeitnehmer arbeiten nicht aus Liebe zu jenen. Auch zahlen die Arbeitgeber nicht einen Heller mehr als sie müssen. Von selbst erhöhen sie die Löhne nicht. Gehen also die Arbeitnehmer geschlossen vor in der Hoffnung, ihre Lage zu verbessern, so kann das wohl dumm sein, wenn sie nicht vorher des Sieges sicher sind — frivol aber kann man es nicht nennen. Der mißglückte Streik gleicht einem mißglückten kaufmännischen Unternehmen. Hat der Kaufmann sich verrechnet — tant pis pour lui! („deso schlimmer für ihn.“)

Weiter sagt der Jahresbericht: „So wenig die Arbeiter ihre Lage verbessern können so lange der Arbeitsnachweis in den Händen der Arbeitgeber ist, so wenig können die Hafenarbeiter ihre Lage verbessern, so lange sie nicht international organisiert sind. Der Transport von Erntekräften aus benachbarten Ländern ist von Hafen zu Hafen so leicht, als daß die Hafenarbeiter eines Platzes oder Landes durchdringen könnten, ohne Zusammenhalten aller Hafenarbeiter. Eine internationale Organisation nach englischem Muster, wie sie beabsichtigt ist und früher oder später auch durchgeführt werden wird, wird wahrscheinlich auch eine der wohlthätigsten Einrichtungen der englischen Gewerkschaften mit im Gefolge haben: die Versicherung gegen etwaige Arbeitslosigkeit.“

Es wäre zu wünschen und ist auch wahrscheinlich, daß diese Versicherung von den international organisirten Hafenarbeitern aus in andere Gewerkschaften dringe. Um diesen Preis wäre der Hamburger Streik nicht zu ihrer bezahlt. Sind es doch überall die Arbeitslosen, welche durch ihr dringendes Angebot auf den Arbeitsmarkt drücken. Diesen Druck zu befeigen, ist die Hauptaufgabe der Arbeitslosenversicherung und letztere ist der Hauptgegenstand der organisirten Arbeit. Im Interesse der modernen Kultur und der Arbeitgeber selbst müssen die Arbeiter dahin kommen, die Arbeitslöhne immer höher und höher zu schrauben und wenn sie heute selbst im Staube wären, einen höheren Arbeitsertrag zu verbrauchen, so müßten sie durch eine höhere Kulturstufe zu einem größeren Bedarf erzogen werden, denn wie soll die rapide fortschreitende Technik Beschäftigung für die Arbeitgeber wie für die Arbeiter haben, wenn diese nicht selbst durch hohe Löhne wieder aufnahmefähig werden für die entstehende Massenproduktion?

Einfweilen aber macht es den Arbeitern noch mehr Sorgen, wo sie den Verdienst hernehmen, als wo sie ihn unterbringen.“ **Das ist eine unparteiische Stimme aus Bürgerkreisen.** Der Mann, welcher das geschrieben hat, ist durchaus kein Sozialdemokrat; er gehört aber auch nicht zu jener Gesellschafts-schicht, welche den Arbeiter als zur Knechtschaft geboren betrachtet und jeden Versuch desselben, seine Lage zu verbessern, als unberechtigt und frivol bezeichnet oder gar als schändliche Rebellion am liebsten mit Polizei und Militärmacht unterdrücken möchte.

Das Reichsversicherungsamt hat in letzter Zeit wiederholt Anlaß gehabt, über den Umfang des Ersatzanspruches der Krankenkassen u. s. w. aus § 8 des Unfallversicherungsgesetzes den Versicherungsgeheimen folgende Grundzüge zur genaueren Beachtung zu empfehlen. Der in § 8 verordnete Uebertrag des Rentenanspruches eines von einer Krankenkasse gesetzlich unterstützten Unfallverletzten auf die Krankenkasse ergreift nur diejenigen Rententheile, welche für die gleichen Zeiträume fällig sind, wie die von der Kasse gewährten Unterstützungen. Es hängt demnach die völlige Schadloshaltung der Kasse davon ab, ob die für die Zeit der Krankenkassenunterstützung geschuldeten Unfallrentenbeträge die Höhe der geleisteten Unterstützung ziffermäßig erreichen. Bleiben sie dahinter zurück, so findet in Höhe des Unterschiedes eine Entlastung der Krankenkasse nicht statt. Hat endlich ein Verletzter für den gleichen Zeitraum thatsächlich Krankenkassenunterstützung und Unfallrente bezogen, so darf regelmäßig dem § 3 des Unfallversicherungsgesetzes nicht von Seiten der Versicherungsgeheimen nachträglich in der Weise zur Durchführung verholten werden, daß spätere Rentenbeträge ganz oder zum Theil zur Schadloshaltung der Krankenkasse einbehalten werden.

Eine Privat-Stadt-Post will, wie das Amtsblatt hört, ein Herr Julius Jacoby am 15. Januar hier errichten.

Im Winterlager beim Einsegl und an der Koch'schen Werft liegen z. Bt. 33 Seeschiffe, darunter 13 Dampfer. Unter den Dampfern befinden sich 8 hiesige.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 31. Dezember 1896 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 38, davon 5 Dampfer und 33 Segelschiffe, 170 Beschädigungen, davon 96 Dampfer und 74 Segelschiffe, zusammen 208.

Eigenthumsvergehen. Aus einer unverhofftenen Kommode wurde einem Dienstmädchen neun Mark entwendet.

Ein krankes Zeichen der Zeit ist ein Steckbrief, den der Rechtsanwalt zu Harburg a. E. hinter dem dreizehnjährigen Schulknaben Edmund Georg Martin Raab, aus Hamburg gebürtig, „wegen Betruges u.“ erlassen hat. Derselbe soll, da gegen ihn die Untersuchungshaft beschlossen wurde, in das nächste Gefängnis eingeliefert werden.

Hamburg. Zum Streik der Hafenarbeiter und Seelente. Die Situation hat sich in den letzten Tagen entschieden noch mehr zu Gunsten der Ausständigen verschoben, was daraus ersichtlich ist, daß man von Seiten der Stauer- und Erwerbsführerbaue es fortgesetzt vermischt, mit den Streikenden unter der Hand Verhandlungen anzuknüpfen. Einige Stauer laden ihre ehemaligen Arbeiter brieflich ein, mit ihnen in Unterhandlung einzutreten, während andere besser zu fahren glauben, wenn sie den Leuten eine kleine Festivität geben. Selbstverständlich werden derartige Anerbietungen zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß nur die Lohnkommission berechtigt ist, Unterhandlungen zu pflegen. Der Zweck dieser Schiebungen ist offensichtlich, man will Verwirrung in die Massen hineinbringen und diese spalten. An der festen Mauer der Streikenden werden sich die „Serren im Hafen“ den Kopf einrennen. Bisher ist es diesen im neuen Jahre erst gelungen, fünf Streikbrecher aus den Reihen der Schauerleute herauszuholen, von welchen jedoch bereits am ersten Tage vier Mann die Arbeit wieder niederlegten. Die Aheber und Stauer wollen jetzt den Import von Arbeitern beschränken, denn sie wissen schon jetzt nicht mehr, wo sie die „arbeitswilligen“ Leute unterbringen sollen. Dies ist eine Thatsache, welche sich nicht leugnen läßt. Nachdem die Streikbrecher allmählich von den Schiffen abgelöst werden, weiß man nicht, wo man jetzt die Streikbrecher-Hotels herbekommen soll. Die beiden Logishäuser an der Poggenmühle und am Wandbeiterbrook sind total überfüllt. Die Einwohner des Holländischen Brook, des Broothorquai und der Poggenmühle sind von dieser Nachbarschaft gar nicht sehr erfreut, und sie bereiten eine Petition an den Senat vor, in der auf die Gefährlichkeit dieser Massenquartiere hingewiesen wird. Daß in sanitärer Hinsicht diese Streikbrecher-Massengänge eine Gefahr für die Einwohner vorgeannter Straße bilden, dürfte kein Einsichtiger bestreiten. — Von einem Kenner der Verhältnisse am Hafen wird berichtet, daß zur Zeit ca. 5000 Leute in sämtlichen Hafenarbeiter-Ständen beschäftigt sind. Diese Leute, so erzählt der Gewährsmann, sind nicht im Stande, die Arbeit von 2000 „alten“ Leuten verrichten. Wenn 10 000 Leute am Hafen beschäftigt wären, würden diese noch nicht die Hälfte der notwendigsten Arbeiten verrichten können. Die von den Aheberblättern veröffentlichten sogenannten „amtlichen“ Zahlen über die im und am Hafen beschäftigten Leute differiren ganz gewaltig. Von welcher Behörde diese Zahlen stammen, wird nicht gesagt, jedenfalls vom „Staueramt.“ Unseres Wissens hat bisher die Hamburger Behörde noch keine offizielle Statistik über die Hafenarbeiter-Verhältnisse geführt. Bemerk sei, daß die „amtlichen“ Zahlen des „Fremdenblattes“ stets doppelt so hoch sind, als die „amtlichen“ Zahlen des „Correspondenten“. — Zwei Hamburger Dampfer, welche bisher am Gasbrook lagen, und welche als Hotelschiffe dienen, sind nach der Neuenwegbrücke verholzt worden. — Auf der Elbe lagen am Mittwoch Mittag 332 größere Seefahrer. Seit aber drei Wochen befinden sich vierzig große Dampfer im Hafen.

Am 1. Bichungstage der 2. Klasse der 311. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 110954 mit 55 000 Mk. Nr. 64652 mit 2000 Mk. Nr. 15208 mit 400 Mk. Nr. 6584 27152 33139 48430 a 200 Mk. Nr. 6789 12816 18627 29305 30682 30765 31640 30513 69869 105860 107498 a 100 Mk. (Ohne Gewähr.)

Mitona. Bezüglich der Leiche, welche vor Kurzem auf dem Bahnkörper der Verbindungsbahn zwischen Sternschanzen- u. Holstenstraßenbahnhof aufgefunden wurde, haben die polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß es sich um die des Reisenden Steen handelt. Die Annahmen, daß es sich um ein Verbrechen handelt, sind durch die polizeilichen Recherchen bestärkt worden. Man hat festgestellt, daß der Getödtete noch kurz vor seinem Tode im Besitz von 80 Mk. in Gold, einer goldenen Uhr und sonstigen Werthfachen war, von welchen Gegenständen bei der Leiche nicht das Geringste aufgefunden ist. **Elmsborn.** Versucher Mord und Selbstmord. Der 22-jährige Schneidergeselle Klausnezer aus Wurzbach, Thüringen, gebürtig, welcher seit ca. 3 Jahren bei dem hiesigen Schneidemeister Hamusch in Arbeit stand, machte Dienstag Mittag einen Mordversuch auf das Dienstmädchen seines Arbeitgebers, indem er mit einem Revolver einen Schuß auf dasselbe abfeuerte. Des weiteren gab K. einen Schuß auf die Gastwirthin Wittwe Wulf, sowie deren Dienstmädchen, welche zur Hülfe herbeigeeilt waren, ab, ohne jedoch eine der 3 Personen zu verletzen; dann ging er nach seiner Stube, verschloß dieselbe und schoß sich durch die Schläfe, welcher Schuß den sofortigen Tod herbeiführte. Die Ursache der That ist

folgende: R. unterhielt seit längerer Zeit mit dem Dienstmädchen seines Arbeitgebers ein Liebesverhältnis, ohne jedoch in letzter Zeit die nötige Gegenliebe zu finden. Am Montag wurde R. von seinem Arbeitgeber entlassen und haben ihm wohl diese beiden Umstände zur That Veranlassung gegeben. Den Revolver hatte R. sich aus einem Schrank, der Wittve Wulf gehörig, zu verschaffen gewußt, indem er denselben erbrochen hatte. Nur einem Zufall dürfte es zu verdanken sein, daß R. keine der drei Personen getroffen hatte, denn dieselben standen nur ca. 5 Schritte von ihm entfernt. Die Leiche des R. wurde nach dem Verhause überführt. R. wird als ein ruhiger Mensch geschildert, nur das unglückliche Liebesverhältnis gab ihm in letzter Zeit häufig Veranlassung zum Trunk und in solchem Zustande zeigte er sich geradezu bestialisch, indem er jeden umbringen wollte. Auch am Dienstage, als er die That ausführte, war er im trunkenen Zustande.

Schwerin. Einem „Bräsewig in Zivil“ ist von einem handfesten Arbeiter, dem das vornehme Herrchen mit einem Revolver zu Leibe gehen wollte, die gefährliche Abfertigung zu Theil geworden. Am Donnerstag Mittag v. W., so erzählt die „M. Z.“, stand auf einer Terrasse im Schloßgarten (hinter dem Pavillon) ein elegant gekleideter Herr mit einer ebenso fein gekleideten Dame zusammen, anscheinend in erregter Stimmung. Ein Arbeiter, welcher des Weges daher kam, sah, wie der Herr plötzlich die Hand erhob und der Dame einen heftigen Backenstreich versetzte, so daß dieselbe taumelte. Als der Arbeiter sich hierüber mit den Worten entrüstete:

„Bei süßen Kie wat schämen, dat Sei 'ne Fru so an'n hellen Middag mißhanneln!“ griff der Angeredete mit der Hand unter den Ueberzieher und rief ihm zu: „Wollen Sie eine Kugel durch den Kopf haben?“ Zu solchen Weiterungen ließ der Arbeiter es aber nicht kommen, sondern packte sofort den Drohenden an der Kehle und fluchte ihn in den Schmutz des Weges herunter. Die Dame entfloß indes in der Richtung der Kaserne. Der Arbeiter richtete den Fremden in die Höhe und hinderte, wobei dieser seine Stärke verspüren mußte, alle weiteren Versuche eines Attentates. Darauf ließ er den Mann frei, welcher in der Richtung nach Paulshöhe eiligst verschwand.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Strafkammer des Landgerichts I verhandelte Mittwoch die Anklage gegen den Schriftsteller Schwennhagen und den Redakteur Sedlaker wegen Verleumdung des Oberforstmeisters der Kaiserin, Freiherrn von Mirbach, begangen durch den Artikel in dem antisemitischen „Generalanzeiger“, betitelt „Die Judengeldsammler für die Berliner Kirchenbauten“. Der als Zeuge vernommene Freiherr von Mirbach legt ausführlich dar, in welcher Weise die evangelischen Kreise Berlins und Preußens die Mittel zu den Berliner Kirchenbauten aufgebracht haben und hob insbesondere noch hervor, daß nur zu der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche von den patriotischen Israeliten, gegenüber den Gesamtkosten allerdings nicht erhebliche Beiträge geleistet sind. Der Gerichtshof verurtheilte entsprechend dem Strafantrage des Oberstaatsanwalts Dreßler Schwennhagen zu einjährigem Gefängniß, Sedlaker zu vier Monaten Gefängniß, ordnete die sofortige Verhaftung des Schwennhagen an und sprach dem Oberforstmeister Grafen Mirbach das Publikationsbefugniß des Urtheils im „Staatsanzeiger“ und „General-Anzeiger“ zu.

Stet sind. Der Gerichtshof verurtheilte entsprechend dem Strafantrage des Oberstaatsanwalts Dreßler Schwennhagen zu einjährigem Gefängniß, Sedlaker zu vier Monaten Gefängniß, ordnete die sofortige Verhaftung des Schwennhagen an und sprach dem Oberforstmeister Grafen Mirbach das Publikationsbefugniß des Urtheils im „Staatsanzeiger“ und „General-Anzeiger“ zu.

Abgegangene und abgegangene Schiffe in Travemünde.
 Abgegangen:
 Mittwoch, den 6. Januar.
 Nachmittags
 4,35 D. Ekiba, Jürgensen, nach Smdgen.
 6,05 D. Galland, Petersen, nach Kopenhagen.
 Donnerstags, den 7. Januar.
 Vormittags
 7,50 D. Coudor, Ohlsen, nach Sonderburg.
 Stad und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr B.: D., frisch. — 6,45 m. 8 Grad Kälte.
Schiffsbewegung in der Ostsee.
 D. Wiborg, Karstedt, ist von Hango nach hier abgegangen.
 D. Elita, Bierstorff, ist von Liban an hier abgedampft.
 D. Alpha, Brindmann, ist von Karlskrona auf hier abgegangen.
 D. Raut, Wulf, ist in Flensburg eingetroffen.
 D. Nema ist in Reval angekommen.

Überall käuflich. 3 Ehrenpreise. 3 Ehrendiplome. 11 goldene Medaillen.

Sanitäts-Kaffee

Überall käuflich.

wirklich einziger Ersatz für Bohnen-Kaffee. Sanitäts-Kaffee-Compagnie (Commandit-Gesellschaft) Stelter & Co., Köln.

- | | | | | |
|--|--|--|--|--|
| Lübeck. H. J. Uter, Schwartauer Allee 31 W. Ausborn, Bedergrube 68 F. Alrens, Fadenburger Allee 86 Wilh. Bandholtz, Hüßstraße 92 G. Bartels, Pelzerstraße 6 Ad. Bartels, Bindenstraße 43 J. Beeck, Gräuer Weg 65 H. Blöcker, Gr. Gröpelgrube 19 G. Beth, Crousförder Allee 6 a M. Breede, Crousförder Allee 40 Johs. Breede, Dautwartsgr. 87 J. T. H. Bruhn, Hundestr. 91 H. Cords, Engelswisch 35 S. Cohn, Fleischhauerstraße 54 | F. Derlien, Hüßstraße 107 F. Dencker, Margarethenstr. 25 W. Dose, Fünfhansen C. D. Dürkop, Steinraderweg 11 a J. H. Dierk, Dautwartsgrube 66 Joh. Evers Wwe., Moiel. Allee 41 a Heinr. Franck, Wahnstraße 67 H. Faasch, Bismarckstraße 22 Johs. H. Fick, Wahnstraße 92 A. J. H. Fick, Wahnstraße 15 J. H. Graefe, Dornestraße 5 B. Harms, Uutertrave 69 W. Hempel, Hanjastraße 33 a H. J. Hennemann, Karpsenstr. 27 G. Heick, Klosterstraßen-Ecke | Joh. Fischer, H. Holldorf Nehr. J. Hamann, Adlerstr. 33 b (Gr. Burgstr. 16 A. Kayatz, Ernststraße 20 J. Kläver, Waisenhofstraße 11 a C. Koop, Marlesgrube 46 W. Koop, Augustenstraße 14 J. Koop, Emilienstraße 17 H. J. M. Kleinfeld, Rosenstr. 13 J. H. Lensehan, Gr. Burgstr. 7 C. F. Leukefeld, Gr. Gröpelgr. 10 J. Landschoof, An der Mauer 30 J. M. Lafrentz, Gartenstraße 23 J. C. H. Lütge, Effenstraße 9 C. Meyer, Brüderstraße J. C. Müller, Crousf Allee 51 | C. Müller, Johannisstraße 65 J. Moll, Reiferstraße 11 Gustav Magard, Hüßstraße 14 Aug. Paetow, Biegelstraße 14 Ernst Pagels, Glodengießerstr. 71 J. Prehn, Sträßenstraße 32 M. Plewe, An der Mauer 70 A. Reimers, Sedanstraße 3 H. Schlieper, Effenstraße 3 H. Singelmann, Ludwigstr. 43 F. Sodemann, Hartenstraße 34 H. Schröder, Neue Reiferstr. 45 R. Storch, Reiferstraße 24 J. C. Uter, Crousf. Allee 126 W. Wal, Gürtelthor-Allee 5 | Ludwig Welcher, Langereihe 2a H. Wedow, Meiner Bankhof 3 L. Westphal, Schwart. Allee 123 H. Wiedow, Engelsgrube 34 In Travemünde bei W. Runge. In Schwartau bei W. Langbehn. In Serrenburg bei V. Nebelsdorf. In Wahrsow bei F. Köster. In Balingen bei H. Faasch. In Stranglin bei D. Witt. |
|--|--|--|--|--|

Todes-Anzeige.
 Nach 7 Wochen langen, schweren Leiden starb mein innigstgeliebter Sohn **Fritz Höper** im Alter von 19 Jahren 5 Monaten.
 Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
M. Höper und Familie.
 Krempeisdorf den 6. Januar 1897.
 Die Beerdigung findet am Freitag den 8. Januar, Morgens 8 1/2 Uhr, vom Lübecker Krankenhaus aus statt.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die **Adler-Brauerei.**
 Inh.: G. Teichgräber.

Achtung! Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag den 8. Januar 1897
 im Lokale des Herrn F. Lecke, Bederstraße 3.
Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Wahl des gesammten Vorstandes und eines Lohnkommissionsmitgliedes.
 3. Innere Vereinsangelegenheiten.
 4. Lokalfrage.
 5. Fragekasten und Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
 NB. Pflicht eines jeden Mitgliedes muß es sein, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör, am liebsten vorn Hinterthor oder in deren Nähe im Preise von 170-190 Mk. v. r. Anno. Offerten unter **H H** an die Expedition dieses Blattes.

Fritz Reuter's Werke
 sind, um es Jedem möglich zu machen, dieselben sich anzuschaffen, in **Heften à 40 Pfg.** erschienen und zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Verlag des Lübecker Volksbote.**
 Johannisstraße 50.

Gesangverein „Einigkeit“
General-Versammlung
 am Sonnabend den 9. Januar 1896
 Abends präcise 8 1/2 Uhr
 im Lokale Neu-Lauerhof.
Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung.
 3. Wahl eines Kassiers.
 4. Vergütungs-Frage.
 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gesucht eine Wohnung zum 1. April vor dem Mühlenthor im Preise von 100-120 Mk. Offerten unter **G P** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Wilh. Körner, Reiferstr. 17 a
 ff. Holländ. Käse pr. Pfund 1 Mark.
 „ Tilsiter „ „ „ 60 Pfg.
 „ Tilsiter „ „ „ 45 „
 „ Holstein. „ „ „ 30 „

Meinen geehrten Kunden, Freunden und Gönnern die ergebene Mittheilung, daß ich meine **Taback- und Cigarren-Fabrik** von Hegdienenstraße 7 nach **Schönkampstrasse 6** verlegt habe und empfehle Taback und Cigarren in großer Auswahl in anerkannter Güte.
M. Karstadt.

Gesucht eine Wohnung zum 1. April in der Stadt. Preis 130-140 Mk. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

„Saginal“
 Fress- und Mastpulver für Schweine
 bewirkt eine außerordentliche Fresslust, macht die Schweine schnell fett und fleischig und schützt durch seine blutreinigenden Eigenschaften vor vielen Krankheiten. Man verlange ausdrücklich „Saginal“. Dose 50 Pfg. in Lübeck in der St. Gertrud-Apothek.

Hierdurch meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich mein Geschäft meinem Nachfolger käuflich übergeben habe. Für das mir bisher erwiesene Vertrauen bestens dankend, bitte ich dasselbe auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
W. Thiele, Schuhmachermstr.
 Auf Obiges Bezug nehmend, empfehle mein Lager fertiger Schuhwaaren zu billigen Preisen.
 Anfertigung nach Maass und Reparaturen schnell und haltbar.
 Achtungsvoll **W. Thiele Nachfolger.**

Keine Wäsche wird gewaschen und geplättet
 Frau Grube, Selencnstraße 9.

Zugelassen ein Jagdhund.
 Abzuholen bei **Lähr, Crousförder Allee 29.**

Brennmaterialien
 empfiehlt **Wilh. Körner, Reiferstraße 17 a.**
Für die Hausfrau.
 Glas-, Marmor-, Porzellan-, Blech- und Emaille-gegenstände werden genietet, gelittet und gelöst, Steinböfse mit Draht überzogen.

Die Schweineschlachtere
 von **W. Strohhfeldt**
 73 Glockengießerstraße 73
 empfiehlt:

Circus Variété
 Heute und folgende Tage:
Die VIII. Serie modernster Künstler
 * * * * *
 Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

W. Niemann,
 Ellerbrook 10/11.
Brennmaterialien- und Flaschenbier-Verkauf
Georg Grube, Selencnstraße 9.
 Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Das Recht und die Rechtshülfe der Handlungsgehilfen.
 Eine Denkschrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehilfen.
 Von **Richard Lipinski.**
 Preis 25 Pfg.

- | | |
|--------------------|--------------|
| Friscbe Flohmen | Pfd. 50 Pfg. |
| Schweinefleisch | Pfd. 50 Pfg. |
| Carbonade | Pfd. 60 Pfg. |
| Hammelfleisch | Pfd. 50 Pfg. |
| Quetschfleisch | Pfd. 50 Pfg. |
| Prima Schmalz | Pfd. 60 Pfg. |
| Graten-Schmalz | Pfd. 30 Pfg. |
| Kopf und Bein | Pfd. 25 Pfg. |
| Geräucherten Speck | Pfd. 55 Pfg. |
| Gekochte Mettwurst | Pfd. 60 Pfg. |
| Geräuch. Mettwurst | Pfd. 70 Pfg. |

Stadtheater in Lübeck.
 Freitag den 8. Januar:
 Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
 Außer Abonnement.
 (Kein Freitags-Abonnement).
Vorlechtes Gastspiel
 von Frä. Paula Wirth vom Lessingtheater in Berlin.
 Zum 4. Male:
Seine offizielle Frau.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Friedrich Erdmann-Jesinger.
 Das Gastspiel von Frä. Paula Wirth findet nur außer Abonnement statt.
 Sonnabend den 9. Januar:
 23. vollständ. Vorstellung zu halben Preisen
Die berühmte Widerspännige.
 Lustspiel in 5 Aufzügen von Shakespeare.
 Anfang 7 Uhr.

Polizei-Reminiszenzen.

(Schluß.)

Den Vogel, der hier von der „Köln. Volksztg.“ in so anschaulicher und lehrreicher Weise geschildert wird, kennen unsere Leser alle: es ist der Verräther des eben im Zuchthaus verstorbenen Neve, Herr Theodor Neuß! Wenn je einer mit moralischen Ruthenhieben zu Tode gepeitscht worden ist, so ist es dieser „anarchistische“ Judas! Er hat uns zwar deshalb schon wiederholt mit Klage bedroht, auch schon Klage erhoben, sie aber — als vorsichtiger und gewitzter Mann — im letzten Moment zurückgezogen. Und ungleich seinem biblischen Vorbild hat er weder die Silberlinge wieder von sich geworfen, noch sich einen Strick gekauft, um sich auf dem Blutacker aufzuhängen: nein, Zeit gewonnen, alles gewonnen, denkt er sich, und treibt sich nach wie vor auf der Journalistentribüne des Reichstages herum. Für die Direktion des Reichstages und für seine Herren Kollegen von der Feder scheint das Bestreben des Spitzelcharakters zu genügen, denn sie haben bisher nicht Mittel und Wege gefunden, ihm den Zutritt zur Journalistentribüne zu verwehren.

Herr v. Köller ist heute ein tochter Mann; aber am 21. Januar 1896, als er über Judas-Neuß in der Umsturzkommission etwas allzu siegesgewiß das bezeichnende Wörtlein hinwarf: „Neuß könne freilich vielerzählen, er habe lange genug im warmen Nest gefressen“, da war er Polizeiminister und verfügte über Material, das seinem Ausspruch erst die richtige Bedeutung gab!

Und vielleicht gewinnt dies Wörtlein heute noch an Bedeutung, da man aus den Verhandlungen des Lüchow-Prozesses weiß, welche Gegensätze zwischen den journalistischen Vertrauensmännern der verschiedenen Ministerien damals sich zuspitzten und wie sie gegenseitig „Kraftproben“ veranstalteten. Herr Theodor Neuß vertehrte zu jener Zeit im Auswärtigen Amt als Berichterstatter sowohl wie — wenn wir nicht sehr irrig berichtet sind — gesellschaftlich mit dem Adjutanten des damaligen Reichskanzlers, dem Major Schmeyer.

Im Prozeß Leckert-Lüchow hat uns Herr Geheimer Legationsrath Dr. Hamann, der jetzige Leiter des Pressbüros im Auswärtigen Amt, unter Eid die feierliche Erklärung abgegeben:

„Journalisten untergeordneter Qualität oder solche, die sich keines guten Rufes erfreuen, würden im Auswärtigen Amt nicht empfangen; er wisse sich keines einzigen zu erinnern. Alle seien persönlich durchaus ehrenwerth.“

Wir dürfen also annehmen, daß heute Herr Theodor Neuß nicht mehr im Auswärtigen Amt empfangen wird; damals — wie gesagt — rühmte er sich seiner Beziehungen zum Auswärtigen Amt und Neuß war auch der erste, der die Nachricht vom Radieschenjamen-Attentat der Welt mittheilen konnte.

Diese Thatsache rückt vielleicht auch heute erst in die richtige Beleuchtung. Die lustigen Mittheilungen der

„Kölnischen Volkszeitung“, daß der verunglückte katholische Schauspieler und Konzertsänger aus Augsburg, Herr Theodor Neuß, sich für ein bayerisches Zentrumsmandat opferwilligst zur Verfügung gestellt hat, ferhielten nämlich letzter Tage eine ernste Ergänzung von einer Seite, der man Vertrautheit mit diesen Dingen sicher nicht absprechen kann.

Die Nr. 48 der Most'schen „Freiheit“ vom 28. November 1896 beschäftigt sich wieder einmal mit dem Lumpazi Peuckert, der sich in Chicago — zum so und so vielen Male — wieder ein Dreimänner-Schiedsgericht auserwählt hatte, um seine Unschuld am Verrathe Neve's zu „beweisen“. Die „Freiheit“ zerzaust den Schwindel und erhebt dann gegen Neuß folgenden, so ungeheuerlich klingenden Vorwurf, daß man daran fast zweifeln möchte, zumal auch die „Freiheit“ diesen Vorwurf heute zum ersten Male erhebt:

„Was ist aus jener „Höllemaschine“ geworden, die Peuckert in Gemeinschaft eines Theodor Neuß nach Belgien transportirte? Und was hat das mit der Vorstellung Neve's auf dem Bahnhofs zu thun? Was bezog Peuckert überhaupt mit einem Polizeisibion, der in der „Freiheit“ vom 3. Juli 1886 — also sechs Monate vor der bewußten Reise — in einem spaltenlangen Artikel entlarvt worden war, zu reisen und gleichzeitig eine „Höllemaschine“ mitzunehmen. Hat vielleicht Neuß nicht nur die Reise, sondern auch die „Höllemaschine“ bezahlet?“

Neuß hat eingeständenermaßen die ganzen Kosten der Reise, die nöthig war, um Neve in die Hände der preussischen Polizei zu liefern, bezahlet; es ist daher die Frage, wer von den beiden Herren die Höllemaschine bezahlet habe, höchst gleichgültig. Zur Befähigung der Mittheilung der „Freiheit“ dient vielleicht eine Thatsache, die wir vor Jahren schon berichten konnten, nämlich daß Neuß sich hier in Berlin gerühmt hat, seinerzeit in London bei der Anfertigung von Explosivkörpern am Arme verwundet worden zu sein! Er hatte auch gegen diese Behauptung Klage erhoben, sie aber selbstverständlich zur rechten Zeit wieder zurückgezogen.

Wir wollen hier gar nicht in die Frage eintreten, zu welchem Zwecke zu Neve auch noch eine Höllemaschine gebracht wurde. So willkommen den „Hintermännern“ der damaligen v. Tausche solche „Beweisstücke“ gerade in jener Zeit zur Erreichung politisch-reaktionärer Zwecke gewesen sein mögen, die Folge hat gelehrt, daß das Schuldkonto Neve's in den Augen der deutschen Richter ohnedem schon so schwer belastet war, daß die Vernichtung Neve's auch ohne formelles Todesurtheil erreicht wurde.

Auf eine andere Thatsache möchten wir ein kleines Licht werfen. Das Radieschenjamen-Attentat, so plump und albern es arrangirt war, hätte zu anderen Zeiten unter anderen Staatsmännern mit einem bischen bösen Willen zu einer recht netten Sozialistenbege benutzt werden können! In den letzten Tagen erst wurde es in der Bismarckpresse offen ausgesprochen, der Haß des „alten“ Kurzes gegen den neuen, die Treibereien der Tausch-Hintermänner gegen die Wilhelmstraße haben auch darin ihren Grund, daß die politische Polizei unterm neuen Kurse im Kampfe gegen die Sozial-

demokratie so wenig à la Bismarck-Büttamer benutzt worden sei.

Neuß war der erste, der die Nachricht des Radieschenjamen-Attentats verbreiten konnte; Neuß hat nach Köller „lange genug im warmen Nest gefressen“, um zu wissen, wie solche Sachen gemacht werden. Neuß hatte früher in London in Attentatsvorbereitungen mittels Bombenanfertigung praktisch gearbeitet; die Radieschenjamenattentats-Riste kam im November aus Frankreich — und wie der böse Zufall es will — im Spätherbste soll Herr Theodor Neuß gesundheitshalber sich in Genes und anderen französischen Städten aufgehalten haben. Und die Urheber dieser „Attentatsliste“ sind so wenig entdeckt als die Absender der Attentatsliste an Polizeihauptmann Krause!

So oder so! Gedanken sind zollfrei und doppelt nahe liegend in einer Zeit, wo durch Herrn von Tausch die Fäden öbster Polizeimache wieder einmal so ganz offen aufgedeckt wurden. Herr v. Tausch ließ durch Herrn v. Lüchow erst die Artikel schreiben, mittels deren er die Nützlichkeit und Nothwendigkeit seiner Thätigkeit bewies: die Verfasser und muthmaßlichen Urheber dieser Artikel zu erfahren. Im Grunde war diese Thätigkeit noch harmlos. Zu anderen Zeiten wurden ganz andere Schustereien — natürlich im Interesse der Staatssicherheit, im Interesse von Religion, Sitte und Ordnung — ins Werk gesetzt. Der von der Berliner politischen Polizei mit monatlich 200 Mk. bezahlte Lockspiegel Schröder in Zürich — Herr Theodor Neuß bezog freilich monatlich 450 Mk. — lagerte im Treppenhause seiner Wohnung mit Vorwissen seiner Berliner Auftragsgeber, mit denen er darüber, laut Versicherung der bürgerlichen Untersuchungsbehörden, wiederholt korrespondirte, das Dynamit, welches das System Bismarck-Büttamer zur Begründung der Expatriirungsvorlage wenige Wochen später im Reichstage so nutzbringend hätte verwenden können! Und es war ein Berufskollege und persönlicher Freund von Peuckert-Neuß, der dieses aus der Dynamitfabrik Dpladen stammende Sprengmittel zu Schröder gebracht hatte!

Für die Kenner der damaligen Verhältnisse war das gar nichts Merkwürdiges. Man wußte derlei Schustereien sehr viele, man konnte sie nur nicht alle schwarz auf weiß beweisen. Genau so war es beispielsweise mit den blutrünstigen Artikeln des Spitzels Wichmann in Altona, welche dieser in die „Freiheit“ schrieb und die dann dazu dienten, die Nothwendigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes über Hamburg-Altona zu begründen. In dieselbe „Freiheit“ welche der Spitzel Schröder mit seinem Polizeigelde zuerst in Nießbach-Zürich und dann bei dem Drucker Bühner in Schaffhausen herstellen ließ, wie dieser vor Gericht an Eidesstatt versicherte.

Mag also der Tausch-Prozeß ausgehen, wie er will; mögen die „Papiere“ des Spitzels Lüchow in jenem Prozesse zur Kenntniß der Öffentlichkeit gelangen oder nicht — jeder ernsthaftige Politiker weiß ohne sie, daß die

Das Räthsel einer Nacht.

Criminal-Roman. Nach den Aufzeichnungen eines Detektivs. Von Gehh. Schäpler-Perasini.

(Nachdruck verboten.)

I.

Der Abendzug fuhr in den Bahnhof des kleinen Städtchens D. ein.

Nur wenige Passagiere entließen ihn.

Einige der Letzten waren zwei Personen, ein ernst blickender, den ehemaligen Soldaten verrathender Mann und ein junges, bleiches Mädchen.

Das Letztere trug ein kleines Bündel in der Hand.

„Welche Straße wollen Sie gehen, Anna Burger?“ fragte der Mann kurz.

„Diese hier ist ziemlich einsam, bitte, Herr Wachtmeister,“ antwortete das Mädchen fast tonlos.

Ohne etwas zu entgegnen, schlug der Mann mit dem Mädchen die angegebene Richtung ein.

Dann wurde eine Zeit lang kein weiteres Wort gesprochen.

Man stand vor einem Hause.

Eben wurde die Laterne an der Ecke angesteckt und über der Thür sah man das blaue Schild: „Wohnung des Bürgermeisters.“

Der mit „Wachtmeister“ angeredete Mann klingelte, worauf eine hagere Frau öffnete.

„Der Herr Bürgermeister zu sprechen?“ sagte der Wachtmeister.

„Mein Mann ist im Löwenbräu — aber ich kann ihn gleich rufen lassen,“ versetzte die Frau, mit den Blicken die Dämmerung durchdringend.

„Wollen Sie die Güte haben!“

Der Mann und das Mädchen traten ein.

„Bitte, Platz zu nehmen, Herr Wachtmeister,“ jagte die Frau Bürgermeister, einen Stuhl dem Bekannten hinschiebend.

Dann ließ sie ihren Mann benachrichtigen.

Anna Burger mußte stehen.

Sie regte sich kaum; nur das Bündel schwankte in ihrer Hand.

„Wen bringen Sie uns denn hier?“ fuhr die Frau fort, mit der Schürze die Brodreste vom Tisch streifend.

„s die Anna Burger —“

„Die Diebin?“ rief die Frau mit ihrer dünnen Stimme heraus, so daß Anna heftig zusammenzuckte.

Aber diese biß sich auf die Lippen dabei und schwieg.

„Nun ja,“ machte der Wachtmeister in Civil, der das Mädchen in die Heimath nach verbüßter Haft brachte, wie dies so üblich ist. „Sie hat sich ziemlich gut bei uns gehalten, so daß man ihr schon den Gefallen thun konnte; sie bei Dunkelheit hier eintreffen zu lassen.“

„So — so!“ dehnte die Frau in beleidigtem Tone. „Die Anna Burger kriegen wir also wieder! Wird meinem Mann eine rechte Freude machen.“

Eine Weile ward es vollkommen still in der Stube. Dann ging die Thür und der Bürgermeister dieses kleinen Städtchens, seines Zeichens ehemaliger Tischlermeister, trat ein, ziemlich unwirksam, denn man hatte ihn beim Schoppen gestört.

Die Frau schob die brennende Lampe auf den Schreibtisch ihres Mannes, ihm zuwispelnd:

„Die Burger-Anna! Schaff' Dir das verkommene Frauenzimmer so bald als möglich vom Halse.“

Der Wachtmeister wiederholte seinen Auftrag, ließ sich einen Schein unterschreiben, übergab die Papiere Anna's und entfernte sich.

Zu Anna sprach er nicht mehr.

Das Mädchen stand noch immer ohne Bewegung und sprachlos da.

Sie hatte nun trotzig die bleichen Lippen übereinandergepreßt und die Brauen zusammengezogen.

So sah sie nach dem Bürgermeister.

Dieser drehte sich langsam und musterte Anna vom Kopf bis zu den Füßen.

„Da wären wir also wieder!“ machte er barsch.

„Warum blieben Sie eigentlich nicht ganz fort?“

„Ich mußte ja hierher,“ sagte Anna kurz.

„Ja so! Der Schub!“ lachte der Mann verächtlich.

„Aber da haben Sie Ihre Entlassungs-Zeugnisse. Sechs Monate! Es hindert Sie gar nichts, noch in der Nacht das Städtchen wieder zu verlassen. Wir meinen Ihnen alle nicht nach.“

„Nein, ich bleibe, ich habe ein Recht zu bleiben!“ kam es von Anna's Lippen.

Die im Hintergrunde laufende Bürgermeisterin hustete empört über solche freche Antwort und der Bürgermeister schob die Brille über die Stirn.

„Ei, sieh' mal! Ein Recht! Hahaha!“

„Sollte ein Kind nicht das Recht haben, da zu weilen, wo die Mutter wohnt?“ sagte Anna.

„Ich würde mich für so 'ne Tochter bedanken,“ warf die Frau hin.

Der Bürgermeister machte eine wegwerfende Handbewegung.

„Da Sie sich uns allen auf den Hals setzen wollen, meinnetwegen. Hier sind Ihre Papiere. Jetzt können Sie gehen!“

Er schleuderte ihr einige Stempelbogen hin und zeigte nach der Thür.

Gleich darauf befand sich Anna auf der Straße.

Sie griff mit der Hand nach dem Herzen.

Die Kräfte drohten sie zu verlassen.

„Gott! Gott! Wie hart und grausam ist Deine Prüfung!“ stammelte sie, „Hundertmal hab' ich meine Unschuld betheuert, Niemand hat mir geglaubt, selbst die

politische Spionage mit innerer Nothwendigkeit zur Lockspikelei führen muß! Auch hier wird der Riccauti'sche Wahlpruch praktiziert: il faut corriger la fortune; man muß dem Glücke nachhelfen!

Und Subjekte wie Horsch und Lügow, wie Schröder und Reuß auf der einen und Leute vom Schlage der Lausch, Kumpff, Wohlgenuth und Krüger auf der andern Seite, das sind die Glücksritter „für Religion, Sitte und Ordnung“, auf deren Heldenthaten sich der Klassenstaat stützt.

Wie lange noch?

(„Vorwärts.“)

Soziales und Partei-Leben.

Eine neue Lohnbewegung steht in der Hutmacherei bevor. Die Berliner Seiden- und Mechanik-Hutarbeiter haben eine Reihe von Forderungen ausarbeiten und ihren Arbeitgebern übermitteln lassen. Die Unternehmer wollen in nächster Zeit zu den Forderungen der Arbeiter Stellung nehmen.

Weissenfels. In der hiesigen Schuhwaren-Industrie ist eine Lohnbewegung zum Ausbruch gekommen. Die Spezial-Arbeiter verlangen einen höheren Lohnsatz. In einer der ersten hiesigen Schuhfabriken, von Zwicker, wurde die Arbeit niedergelegt. Man befürchtet die Ausdehnung des Streikes auf alle Fabriken.

Die Allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt in Köln, die von der Stadt subventionirt wird, beschloß ihre Thätigkeit auch auf den Nachweis von Arbeiterwohnungen auszuweihen.

Mannheim. Eine Versammlung von 400 Arbeitlosen forderte in einer Resolution, die Stadtverwaltung solle die Nothstandsarbeiten beginnen lassen.

Für die Abschaffung der Heimarbeit wollen die Tabakarbeiter Deutschlands in diesem Jahre eintreten. Zunächst werden diesbezügliche allgemeine Berufsstatistiken vorbereitet, die einem planlosen Vorgehen vorbeugen sollen. Neben der Abschaffung der Heimarbeit soll auch Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt werden.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Der zweite österreichische Gewerkschafts-Kongreß trat am 26. Dezember in Wien zusammen. Als Vertreter der deutschen Gewerkschaften war Genosse Legien erschienen. Der Kongreß war außerordentlich zahlreich besucht, wie überhaupt in der letzten Zeit die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat: ihre Mitgliederzahl verdoppelte sich, sodaß sie die Höhe der deutschen Gewerkschaften erreicht hat. Die Hauptaufgabe des Kongresses war der Ausbau der Organisation. Ueber die dem Kongreß vorgelegten diesbezüglichen Vorschläge haben wir bereits berichtet. Da in Oesterreich die Sprachverschiedenheit einer einheitlich geregelten Organisation gleichfalls Schwierigkeiten bereitet, waren es hauptsächlich 3 Fragen, die auf dem Kongreß am lebhaftesten diskutiert wurden; die gemischten Gewerksvereine, die Einsetzung eines tschechischen Sekretärs bei der Gewerkschaftskommission und die angeregte Gründung der Unionen. Der Punkt „Organisation und Agitation“ wurde mit einer Gründlichkeit behandelt, wie sie eben nur auf Arbeiterkongressen üblich ist.

Während in den kleineren Orten die Neigung für gemischte Gewerkschaften, die event. Sektionen für die einzelnen Branchen bilden sollen, vorherrschend ist, geht in den größeren Städten die Vereinigung der verschiedenen Branchenvereine zu Industriegruppen unaufhaltsam

vorwärts. Einzelne Industriegruppen glauben bereits einen Schritt weitergehen zu können und wollen an die Stelle der Fachvereine und Verbände die in lauter Ortsgruppen zerfallende Union setzen.

Außerdem bestehen in Oesterreich noch ca. 300 Bildungsvereine mit 33,000 Mitgliedern, welche, weil diese Organisationsform sich überlebt hat, zu den Gewerkschaften herübergezogen werden sollen. Man sagte sich jedoch sehr richtig, daß dies nicht ohne Weiteres durch einen Kongreßbeschuß ermöglicht, sondern nur angebahnt werden kann. Bei der Abstimmung wurde nun das Alinea, das die Umwandlung der Bildungsvereine in gemischte Gewerkschaften vorschlägt, durch folgende Bestimmung ersetzt: „Bildungs- und Lesevereine und gemischte Gewerkschaften, die aus Mitgliedern derselben für die Branchen eine Ortsgruppe oder Zahlstelle der Berufsorganisation auf Grund der im Orte beschäftigten Arbeiter eines Berufes möglich ist, haben sich in Ortsgruppen oder Zahlstellen der betreffenden Berufsorganisation nanzuwandeln. Die Gründung von Bildungs- und Lesevereinen hat in Zukunft zu unterbleiben.“ Der Passus, der die Bildung von Unionen vorschlägt, wurde, nachdem die erste Abstimmung zweifelhaft geblieben, in namentlicher, nach der Zahl der vertretenen Mitglieder vorgenommenen Abstimmung mit 37,163 gegen 36,555 Stimmen abgelehnt.

Der alle 3 Jahre zusammentretende Kongreß bestimmt den Sitz der Zentral-Gewerkschaftskommission, zu welcher eine Industriegruppe einen Vertreter zu entsenden hat. Die Kommission wählt einen Sekretär und einen Stellvertreter. Einer von den Sekretären muß in Wort und Schrift der tschechischen Sprache mächtig sein. Mit letzterem Beschluß waren indeß die tschechischen Delegirten nicht einverstanden; sie wollen die Entscheidung darüber ihren Organisationen überlassen. Ferner beschloß der Kongreß noch ein Regulativ für gemischte Gewerkschaften und ein solches für Ortsverbände. Als Grundlage der Lohnbewegung für die nächste Zukunft wurde Folgendes festgesetzt: Jede Organisation hat, wenn sie einen Streik beabsichtigt, hiervon die Gewerkschaftskommission zu verständigen und deren Zustimmung zum Streik einzuholen. Streiks, die ohne Zustimmung der Gewerkschaftskommission begonnen werden, haben keinen Anspruch auf materielle Unterstützung.

Nur in besonderen Fällen bei Abwehrstreiks kann davon eine Ausnahme gemacht werden. — Die Würdigung der besonderen Verhältnisse, sowie der ganze Verlauf des Kongresses hürten dafür, daß mit demselben die österreichische Arbeiterbewegung wieder einen guten Schritt nach vorwärts gethan hat.

Aus Nah und Fern.

Ueber die furchtbare Katastrophe von Sant' Anna wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: In den Weihnachtstagen hat sich, wie jetzt erst in den Einzelheiten näher bekannt wird, in den Apenninen eine ähnliche Katastrophe ereignet, wie die, welche kürzlich von Irland (Moorbewegung) gemeldet wurde. Doch ist die italienische Erdbeben- und Erdsenkung bedeutend beträchtlicher, denn anstatt eines einzelnen Bauernhofes wurde das ganze Dorf Sant' Anna vernichtet. Da dies Dorf weitab vom Weltverkehr liegt, hat es so lange gedauert, bis der Umfang des Unglückes, das den der Katastrophe von Casamicciola noch übertrifft, hier bekannt wurde. Sant' Anna, ein Dorf von 1100 Einwohnern,

lag bei Pivepelago, 94 Kilometer von Modena entfernt, und es bedarf einer 16stündigen Wagenfahrt von Modena aus, um zur Unglücksstätte zu kommen. Das Dorf hatte sich in der letzten Zeit als Sommerfrische bekannt gemacht, zeigte schon eine stattliche Anzahl von Villen und erfreute sich eines gewissen Wohlstandes. Durch die vielen Regengüsse der letzten Monate wurde die Katastrophe beschleunigt, die ganze Gegend von Sant' Anna wurde unterwühlt und auf mehrere Quadratkilometer das Gelände zerstört. Es bildeten sich klaffende Abgründe und kraterähnliche Trichter, die sich sofort mit Wasser füllten. Weitere Gefahren drohen, zumal da mehrere Gießbäche theils abgelent wurden, theils Abfluß ins Erdinnere fanden. Die Mehrzahl der Häuser stürzte zusammen, auch die Kirche versank, und was noch steht, ist nutzlos Gemäuer. Die Einwohner haben sich zum Glück, gewarnt durch unterirdisches Krachen, meist retten können. Ueber hundertfünfzig Häuser gingen verloren und hundertachtzig Familien sind obdachlos, auch der Kirchhof ist zerstört und bietet einen graufigen Anblick. Die Katastrophe begann am 21. Dezember, Abends 8 Uhr, mit einem Erdbeben vom Mont Bonace, und die folgenden Tage ging das Werk der Zerstörung ungehindert weiter. Vorläufig wird der Schaden auf eine Million geschätzt, doch wird sich bald herausstellen, daß diese Schätzung zu niedrig gegriffen ist, da erstens das Ende der Erdbebewegung noch gar nicht abzusehen ist, und zweitens auf eine Strecke von zehn Kilometern das Gelände zur unfruchtbaren Wüste verwandelt ist. Der Geologie-Professor Pantanelli, welcher zur Unglücksstätte geeilt ist, hat noch kein Urtheil über die Entstehung des Unglückes abgeben können, so viel aber glaubt er sagen zu können, daß die letzten Regengüsse das Ereigniß nur beschleunigt haben. Italien leidet eben an seiner verfehlten Wasser- und Forstwirtschaft. Eine Million Lire giebt der Staat für landwirtschaftliche Verbesserungen aus und gesunde Aufforstung ist hier unbekannt. Trotz aller jährlich sich wiederholenden Dammbrüche, Niesenüberschwemmungen, Brückenzerstörungen usw. fällt es keiner Regierung ein, das Uebel an der Wurzel anzupacken, für den Abfluß der Apenninenseen zu sorgen, den Gang der Gießbäche zu sichern, die Schneeschmelze ungefährlich zu machen, die Flüsse zu reguliren und eine praktische Waldwirtschaft nach deutschem Muster einzuführen. Skeptiker behaupten sogar, der jetzige Zustand passe vielen Abgeordneten, denn die jährlich sich wiederholenden Katastrophen machten neue Bauten nöthig, und das gebe den ihnen befreundeten Groß-Bauunternehmern wieder Arbeit. Nach dem „Corriere della Sera“ droht übrigens Sant' Anna nicht das einzige Opfer zu bleiben. Denn in den mehrere Meilen von Sant' Anna entfernten Gemeinden Fenano, Sestola, Lama und Polinago, die ebenfalls an den Abhängen des Apennin liegen, beginnt eine ähnliche Erdbebewegung, im Gombola seien auch, wie das Blatt hinzusetzt, schon neue Häuser eingestürzt. Uebrigens droht auch in der Provinz Rom, in Sturien, das Bergdorf Ceccola dem Wasser zum Opfer zu fallen, das die Felsfundamente des Ortes unterwaschen hat. Wahrscheinlich wird der ganze Ort geräumt werden müssen. Nach den neuesten Telegrammen ist auch in Pianorso im Modenesischen das Erdreich ins Wanken gekommen, und mehrere Häuser mit fünfzig Einwohnern beginnen zusammenzustürzen. Auch aus der Umgegend von Parma werden ähnliche Giobsposten gemeldet. In Madregola mußte die Kirche geräumt werden, da sie jeden Augenblick zusammenzustürzen droht.

Mutter nicht. Nun komme ich in dies Städtchen wie die Pest. Einer unter all diesen engherzigen Menschen wird mich vor Verzeiwung schützen. Und der armen Mutter hoffe ich meine Unschuld zu beweisen.“

Ein feiner Nebel sank herunter; man hatte Aprilwetter. Anna Burger schritt weiter, hinaus vor das Thor und dann zwischen frisch ausgeschlagenen Hecken dahin.

Bald mußte sie nun vor dem kleinen Häuschen stehen, das die Mutter, eine Beamtenwitwe, bewohnte.

Es lag in einem kleinen Gärtchen und Anna malte sich in Gedanken das Bild aus, das ihrer wartete.

Die Mutter beim Lampenschein über ein geistliches Buch geneigt, den stillen, herben Schmerz im alten Antlitz.

Ein leises Klängen unterbrach die Ruhe der Nacht.

Es kam näher den Weg daher. Das Licht einer Laterne fiel über den Weg.

Dicht an den Hecken sank Anna auf die Knie nieder und betete.

Der Priester mit dem Sakrament, voraus der Messner, schritten an ihr vorbei.

Wie das Klängen im Walde verhallt war, erhob sich Anna.

Sie ging weiter.

Mit offenem Mund athmete sie. Dennoch war es ihr, als müsse sie ersticken. Sie stand vor dem Gärtchen der Mutter. Die Fensterladen waren geschlossen, doch schimmerte Licht durch die Ritzen.

Anna Burger schritt über den Rasen und drückte auf die Klinke.

Lautlos öffnete sich die Thür.

Wie immer lag der dicke Läufer auf dem Boden des Korridors.

Fast mechanisch öffnete Anna auch die Thür zur Wohnstube.

Es war dunkel darin. Das Licht befand sich in dem anstößenden Schlafgemach, welches nur durch eine Portiere verschlossen war.

Mit zurückgehaltenem Athem näherte sich das Mädchen der Verbindungsthür.

Ihre Hand zog den schweren Stoff etwas auseinander.

Dann stockte ihr Fuß. Stimmen schlügen an ihr Ohr und was ihr Auge sah, krampfte ihr das Herz qualvoll zusammen.

Ihre Mutter lag im Sterben. Da gab es keine Täuschung.

Das wachsbleiche Gesicht, der angstvolle, brechende Blick sagten genug.

Die Matrone hatte krampfhaft die Hände der alten Magd umklammert, welche sich über sie neigte.

„Anna,“ hörte das Mädchen die Mutter sagen. „Sie ist der Engel zu meinem Sarge. Ich habe sie erzogen in Ehrsamkeit und daß sie mir's so lohnte, kann ich ihr nicht vergeben in meiner Sterbestunde.“

„Mutter!“ schrie Anna wie wahnsinnig und trat über die Schwelle.

Die Sterbende stieß einen schwachen Schrei aus und öffnete weit die Augen.

„Ich bin unschuldig, unschuldig!“ rief das Mädchen, vor dem Bett niederstürzend. „Gehe nicht so von mir. Glaube mir —“

Aber die Mutter hörte nicht mehr; sie war todt.

Hatte sie den Worten ihres heimgekehrten Kindes Glauben geschenkt? Nein, so wenig wie die alte Magd, die sich schon zurückzog.

Thänenlos verbrachte Anna die Nacht am Lager ihrer Mutter.

Auf einem Stuhle saß sie, so kalt und starr, wie die Todte selbst, und als der Morgen grau und trübe heraufzog, hatte sich ein so schmerzvoller Zug um die

Mundwinkel des Mädchens gelegt, daß es kaum mehr zu erkennen war.

Am anderen Vormittag schickte Anna die Magd fort, die nöthigen Anmeldungen zu machen.

Auch einen Brief mußte die Magd aufgeben, der die Adresse trug: „Herrn Franz Volken, Kaufmann.“

Im Uebrigen sprach Anna fast gar nicht, that keine Frage nach dem, was während ihrer Abwesenheit vorkam.

Sin und wieder warf sie sich über die Leiche und klagte: „Warum hast Du mir nicht geglaubt?“

Sarg- und klanglos wurde Frau Burger zu Grabe getragen. Nur wenige gaben ihr das Geleit, Niemand trat an die Seite der schmachtbedeckten Tochter.

Wohl dufgenmal hob sie den starren Blick und ließ ihn über die Trauergäste gleiten. Aber Denjenigen, welchen ihr Auge suchte, fand sie nicht.

Warum trat er jetzt, da Alles sich von ihr wendete, nicht an ihre Seite, weshalb kam er nicht, trotz ihres flehentlichen Rufes? —

Die Beerdigung war bald vorüber und Alle gingen, die Tochter allein am Grabe zurücklassend.

Selbst der alte Todtengräber kümmerte sich nicht um das Mädchen, welches sich mit dem Arm auf einem Grabstein stützte.

Er warf die Grube zu und entfernte sich ebenfalls.

Die Hände krampfhaft gegen die Brust gedrückt und den Athem keuchend hervorstoßend, so kam Anna in dem kleinen Häuschen an, welches nun ihr Eigenthum war.

Draußen lag zum ersten Male heller Frühlingssonnenschein. Ihr aber war es schwer zum Sterben in der Seele.

Nur ein einziger lichter Strahl blieb. Dem wollte sie folgen.

(Fortsetzung folgt.)